

i Fijáte !

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 274

11. Dez. 2002

9. Jahrgang

Eingeschränkte Möglichkeiten für oppositionelle Politik

Menschenrechtsverletzungen, Korruption, Straflosigkeit, klandestine Gruppen, die nach Mafia-Manier parallele Strukturen aufbauen, füllen die Titelstories in der guatemalteckischen Presse und die Menschenrechtsreporte. Mit diesen Themen muss sich auch auseinandersetzen, wer in Guatemala Politik machen will und es sind die Themen, die angegangen werden müssen, um eine wirkliche Veränderung im Land anzustreben. Im folgenden Interview erklären Clara Arenas, Direktorin und Mitgründerin von AVANCSO (Gesellschaft für die Entwicklung der Sozialwissenschaften in Guatemala) und Michael Moerth, Mitverantwortlicher der Organisation CAFCA (Zentrum für die forensische Analyse und angewandte Wissenschaft), wo sie Ansatzpunkte sehen für Oppositionspolitik in Guatemala.

Frage: Die politische Situation in Guatemala ist verworren und komplex und stimmt eineN pessimistisch. Gibt es überhaupt noch einen Spielraum für ausserparlamentarische Organisationen, um einen gewissen politischen Druck auszuüben?

Clara Arenas: Diese Frage muss auf verschiedenen Ebenen diskutiert werden: Es haben sich Spielräume geöffnet, die von der Zivilgesellschaft genutzt werden und die als Ansatzpunkt angesehen werden können, um Veränderungen herbei zu führen. Nehmen wir das Beispiel der *Plataforma Agraria*, die nun bereits seit fast drei Jahren arbeitet und es geschafft hat, verschiedene Organisationen zusammen zu bringen: BäuerInnenorganisationen, die Kirche, eine Menschenrechtsorganisation und auch wir von Avanco sind dabei. Die *Plataforma Agraria* hat es geschafft, auf eine Weise zusammen zu arbeiten, die in konkrete Vorschläge bezüglich der ländlichen Entwicklung und der Bewältigung der Kaffeekrise gemündet hat. Hier konnte ein Spielraum ausgenutzt werden und es ist eines der Beispielen die zur Hoffnung Anlass geben.

Ein anderes positives Beispiel sind die verschiedenen Menschenrechtsorganisationen, die sich zusammengeschlossen haben und genügend politischen Druck auf die Regierung ausüben konnten, damit diese zur Existenz klandestiner Gruppen und zu den Anschlägen, die auf Menschenrechts- und andere Organisationen ausgeübt wurden, Stellung beziehen musste.

Diese Zusammenarbeit gelingt aber nicht immer. Die guatemalteckische Gesellschaft ist sehr gespalten, die sozialen Organisationen haben Mühe, sich zu koordinieren und - um zur Agrarfrage zurückzukommen - es gibt Volksorganisationen, die zwar zu diesem Thema arbeiten, jedoch nicht in der *Plataforma* vertreten sind und die zum Teil in eine andere Richtung und mit anderen Mitteln arbeiten.

Ein weiteres Problem ist die Überwindung der Angst, die als eine Folge der Aufstandsbekämpfungspolitik immer noch präsent ist. Sie beeinflusst unsere Dialogfähigkeit mit der Regierung. Wir haben extreme Mühe, die richtigen Wege und Mittel zu finden, um mit unseren Vorschlägen auf Regierungsebene etwas zu erreichen. Wir befinden uns in einem Verhandlungsvakuum, in dem es keinen Verhandlungspartner gibt. Die Regierung hat für uns aufgehört, ein Verhandlungspartner zu sein. Zwar wurde sie von der Bevölkerung gewählt, aber sie

hat unterdessen ihre Legitimität verloren und aufgehört, die Interessen der Mehrheit zu vertreten.

Nach den Friedensabkommen hatte man grosse Hoffnungen auf den Dialog und die Verhandlungen gesetzt. Es gibt ganze Bücher zu diesem Thema, doch blieb die Diskussion zu sehr in der Formfrage stecken und es wurde nie darüber gesprochen, dass es auch einen Inhalt braucht, über den verhandelt werden muss.

Michael Moerth: Für Verhandlungen braucht es einerseits technische Fähigkeit, es braucht die Bereitschaft beider Seiten zur Verhandlung und es braucht vor allem ein Gleichgewicht sowie die Definition gemeinsamer Interessen. Das Problem in Guatemala ist das (Un-)Gleichgewicht, weil die Macht so ungleich verteilt ist. Und auch wenn man gemeinsame Interessen definiert, bleibt dieses Ungleichgewicht bestehen. Dazu kommen die klandestinen Gruppen, die ebenfalls das Gleichgewicht stören.

Frage: Also könnte man sagen, dass, solange die Regierung so funktioniert wie jetzt, es keinen wirklichen Handlungsspielraum gibt, bzw. man nichts erreicht?

C.A.: Es ist nicht so sehr die (sichtbare) Regierung, sondern die (unsichtbar) existierenden Machtstrukturen, die ein Vorankommen verhindern.

M.M.: Nach all den bisherigen Erfahrungen gibt es eine grosse Skepsis seitens der Organisationen gegenüber den intersektoriellen Verhandlungen. Nehmen wir das Beispiel der klandestinen Gruppen: Wir haben zwar erreicht, dass die Regierung dazu Stellung nehmen musste, doch verändert hat sich nichts. Sie funktionieren weiter, im Moment vielleicht etwas abgeschwächt, aber sie sind da.

Seit kurzem laden die Vereinten Nationen, konkret die PNUD, zu Runden ein, an denen die sozialen Organisationen, die Regierung und die internationalen Organisationen teilnehmen; es wird viel geredet, aber schlussendlich wird dort nichts erreicht. Es besteht unter den sozialen Organisationen grosses Misstrauen und viele nehmen nicht an diesen Runden teil, weil sie da nur ihre Zeit verlieren.

Frage: Was gibt es denn für die Gruppen, die nicht an den Runtischen teilnehmen für Möglichkeiten, Druck auszuüben? Es wurden die BäuerInnenorganisationen erwähnt, die nicht in der *Plataforma Agraria* vertreten sind und andere Mittel wählen. Letzte Woche rief die CONIC zu einer Grossdemonstration auf. Als Antwort darauf versprach die Regierung, Geld, das sie durch den Verkauf der *Eurobonos* einnehmen will, in den Landfonds zu stecken. Daraufhin wurde der CONIC vorgeworfen, die Regierungspolitik bezüglich der *Eurobonos* zu legitimieren. Irgendwie kannst du machen, was du willst, am Schluss dienst du doch den Interessen der Regierung!

C.A.: Zuerst möchte ich erwähnen, dass die CONIC sehr wohl Mitglied der *Plataforma Agraria* ist. Die Tatsache, dass CONIC und andere Organisationen zum Mittel der Demonstrationen oder Landbesetzungen greifen, ist eine Folge ihrer Frustration über den Dialog. Was auffällt ist, dass die Regierung auf die Demonstrationen immer mit der Einsetzung einer Spezialkommission reagiert. Diese unternimmt zwar nichts, aber den BäuerInnenorganisationen sind so moralisch die Hände gebunden, sie können nichts machen, denn schliesslich sind sie Teil eines 'Dialogs'.

Ich finde es zu einfach, zu sagen, mit der Annahme dieses Geldes legitimiert die CONIC die Regierungspolitik der *Eurobonos*. Die Regierung versprach 100 Mio. Quetzales, damit kaufst du gerade Mal vier *Fincas*. Bei den *Eurobonos* geht es um 700'000 Mio. US-\$!

Frage: Es wurden vorher die klandestinen Strukturen erwähnt. Wo müsstest eurer Meinung nach angesetzt werden, um diese zu knacken?

C.A.: Es ist neu in Guatemala, dass die Regierung diese Strukturen überhaupt als solche anerkennt. Vor 1 1/2 Jahren hat niemand von parallelen Strukturen und illegalen Gruppierungen gesprochen. Dass jetzt davon gesprochen wird, heisst aber nicht, dass diese Strukturen nicht in der Regierung verwurzelt wären. Und nicht nur dort, sondern auch im Militär. Sie stehen auch im Kontakt zum organisierten Verbrechen. Ein weiterer Fortschritt ist, dass die Staatsanwaltschaft Untersuchungen eingeleitet hat. Damit will ich nicht behaupten, dass diese Untersuchung erfolgreich sein wird, aber allein die Tatsache, dass überhaupt eine Akte geöffnet wurde, ist eine Neuheit auf diesem Gebiet.

Seitens der Menschenrechtsorganisationen sind wir uns bewusst, dass diese Gruppen nicht geknackt werden können, wenn es eine guatemala-inter-

ne Angelegenheit bleibt. Unter anderem deshalb, weil diese Gruppen in den staatlichen Strukturen festsitzen. Es braucht die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, um diesbezüglich etwas erreichen zu können.

M.M.: Er reicht nicht, Druck auf die Regierung auszuüben und zu glauben, damit könne man die klandestinen Gruppen zum Verschwinden bringen. Es müssen Untersuchungen durchgeführt werden, aber wer hat in Guatemala schon die Voraussetzungen und Möglichkeiten dazu? Wir haben den militärischen Geheimdienst, den zivilen Geheimdienst und die Staatsanwaltschaft. Vergessen wir den militärischen Geheimdienst, der zivile Geheimdienst hat zwar zugegeben, dass diese Strukturen existieren, hat aber gleichzeitig erklärt, dass er nicht in der Lage ist, Untersuchungen einzuleiten, also vergessen wir ihn auch. Dann bleibt noch die Staatsanwaltschaft. Diese hat zwar auch das Problem, dass sie vom Militär kontrolliert wird, aber ihr noch grösseres Problem ist der Mangel an technischer Fähigkeit und das Fehlen einer internen Struktur, um solchen Gruppen gegenüberzutreten. Es ist bekannt, dass viele Anwälte und Juristen ermordet wurden oder das Land verlassen mussten und zwar nicht nur früher, sondern auch in aktuellen Fällen.

Frage: Wenn ich an internationalen Druck denke, kommt mir als erstes die Konsultivgruppe in den Sinn. Tatsache ist aber doch, dass die Konsultivgruppe im letzten Februar eine Menge Bedingungen formuliert hat und nichts geschehen ist. Jetzt steht das nächste Treffen an, die Regierung wird ein bisschen Schönheitschirurgie betreiben und fertig...

C.A.: Das Problem mit der Konsultivgruppe ist, dass sie ein Doppelstrategie führt. In der Konsultivgruppe sind die multilateralen Finanzinstitutionen vertreten und die folgen natürlich makroökonomischen Indikatoren und nicht so sehr den acht oder neun anderen Punkten, die sie im Februar zur Bedingung stellten. Die guatemalteckische Regierung erfüllt diese Bedingungen nicht, aber die Konsultivgruppe drängt sie auch nicht allzu sehr dazu, ausser im makroökonomischen Bereich.

Wir haben versucht, Druck auf die Konsultivgruppe auszuüben und haben aufgezeigt, dass die Bedingungen vom Februar nicht erfüllt werden. Genau als wir daran arbeiteten, haben die Drohungen gegen unsere Organisationen zugenommen und wir haben unsere Arbeit etwas vernachlässigt. In diese Zeit fiel auch der Vorschlag der PNUD für die

Rundtische und dies hat natürlich unsere Tatkräftigkeit beeinflusst und unsere Möglichkeiten, Druck auszuüben, eingeschränkt, weil wir nun in diesen neuen Dialog eingebunden sind.

Man darf die Rolle nicht vergessen, die die USA in Lateinamerika spielten, aber ich würde sagen, in jüngster Zeit haben die Vereinigten Staaten einigen Druck ausüben können. Zum Beispiel haben sie erreicht, dass Untersuchungen gegen Militärs eingeleitet wurden, die verdächtigt werden, den klandestinen Gruppen anzugehören. Das Interesse der USA darf aber nicht als humanitäre Geste missverstanden werden!

MINUGUA hat im Verlauf ihrer Tätigkeit Höhepunkte und Tiefschläge durchgemacht, aber in ihrem letzten Bericht hat sie die Existenz der klandestinen Gruppen bestätigt und die Notwendigkeit betont, dass diese verschwinden müssen. MINUGUA hat durchaus die Möglichkeit, die internationale Gemeinschaft für dieses Thema zu sensibilisieren, z.B. über die UNO-Menschenrechtskommission in Genf.

Frage: Im Moment wird darüber diskutiert, wer eine mögliche Nachfolge von MINUGUA antreten könnte, wenn deren Mandat in einem Jahr abläuft. Es ist vom Menschenrechtsprokurat (PDH), von der Defensoría Maya und von den Entwicklungsräten die Rede. Schliessen wir mal das Menschenrechtsprokurat aus...

M.M.: Nein, die PDH dürfen wir nicht ausschliessen! MINUGUA ist im Moment daran, eine Übergabe in die Wege zu leiten. Leider hat sich dies alles verzögert, unter anderem wegen der PDH. Die PDH war von Anfang an dafür vorgesehen, einen Teil der Aufgaben von MINUGUA zu übernehmen. Der letzte Chef der PDH, Julio Arango, hat aber leider die Institution völlig zerstört. Mit dem neuen Ombudsman, Sergio Morales, könnte sich dies wieder ändern. Er kommt aus der Menschenrechtsszene und wir setzen eine gewisse Hoffnung in ihn. Natürlich muss er sich jetzt erst beweisen und er hat eine schwierige Aufgabe vor sich, denn er muss die PDH völlig restrukturieren.

Frage: In letzter Zeit gab es ein paar Meldungen, in denen die PDH eher schlecht abschnitt. In Sololá und im Quiché sollte der lokale Menschenrechtsombudsman aus unerklärlichen Gründen ausgewechselt werden und die Bevölkerung hat sich dagegen gewehrt, weil sie 'ihren' Ombudsman behalten wollte.

M.M.: Das ist regional sehr unter-

schiedlich. Es gab sogar unter Arango in gewissen Regionen sehr gute PDH-Teams und die Leute in diesen Regionen haben ein positives Bild der PDH. In der Hauptstadt hingegen sprechen wir schlecht über die PDH, weil wir in den letzten Jahren üble Erfahrungen mit ihr machten.

Frage: Wird es Morales schaffen, innerhalb eines Jahres die PDH so umzustrukturieren, dass sie die Aufgabe von MINUGUA übernehmen kann?

M.M.: Ich kenne natürlich seinen Zeitplan nicht und wir können nicht Vertrauen haben in eine Organisation, nur weil ihr Chef uns vertrauensvoll erscheint. Aber ich finde, man muss ihn solidarisch und kritisch begleiten.

Frage: Was ist mit der Defensoría Maya und den Entwicklungsräten?

M.M.: Die Entwicklungsräte basieren auf einer (frg-nahen, die Red.) Struktur, von der man nicht weiss, wie sie sich weiterentwickelt. Es ist mir auch nicht klar, welchen Teil der Aufgaben von MINUGUA diese Räte übernehmen sollen. Ansonsten kann ich mir schon vorstellen, dass neben der PDH gewisse andere Organisationen involviert werden, z. B. die Defensoría Maya oder Menschenrechtsorganisationen. Man muss sich einfach versichern, dass die Strukturen dieser Organisationen solide genug sind.

Frage: Ist es in der aktuellen Situa-

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treack

Abos:

¡Fijáte!

c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

E-Mail-Abo: 85.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

tion angebracht, die Überwachung der Menschenrechte einer Institution anzuvertrauen, die finanziell von der Regierung abhängig ist wie die PDH oder die Entwicklungsräte? Wäre es nicht sinnvoller, diese Aufgabe einer internationalen Organisation zu übergeben?

C.A.: Eine internationale Organisation wäre sicher besser geeignet, um sich mit den klandestinen Gruppen zu befassen. Die PDH hat in früheren Zeiten - nicht unter Arango, aber davor - gezeigt, dass sie durchaus in der Lage ist, die Menschenrechtsverletzungen zu überwachen. Bevor ich die PDH als mögliche Nachfolgerin von MINUGUA ausschliesse, weil sie finanziell von der Regierung abhängig ist, würde ich versuchen, ihr einen Rahmen zu schaffen, der ein unabhängiges Arbeiten erlaubt.

M.M.: Wir dürfen die PDH nicht mit einer staatlichen Institution verwechseln, die finanziell von der Regierung abhängt. Die PDH ist kein Exekutivorgan der Regierung. Sie hängt zwar vom Kongress ab, weil dort der Ombudsman gewählt wird, und ist auch finanziell abhängig, aber sie hat eigene Statuten, um eine unabhängige Arbeit zu leisten.

Frage: Wie seht ihr die Aussichten für das nächste Jahr?

C.A.: Das nächste Jahr ist ein Wahljahr. Es gibt bereits einen definitiven Kandidaten, Oscar Berger von der PAN. Bei der FRG ist noch nicht klar, wer Präsidentschaftskandidat wird. Zumindest um Aufruhr zu veranstalten, werden sie versuchen, Ríos Montt aufzustellen. Wenn sie das machen, stellen sie das Wahlgericht, das dieses Jahr neu zusammengesetzt wurde, sowie das Verfassungsgericht, das der FRG übrigens sehr nahe steht, vor eine schwierige Aufgabe. Mit dem Wahlgericht gibt es noch ein kleines Problem, das aber irgendwann zu einem grossen Problem werden könnte: Es ist zusammengesetzt aus fünf

Richtern und fünf Stellvertretern, die vom Kongress ernannt wurden. Einer der fünf Richter hat jedoch sein Amt nie angetreten und der Kongress hätte einen anderen Richter ernennen müssen, der das Amt übernimmt. Im Moment hat der Stellvertreter das Amt inne, was eigentlich gar nicht geht, denn er kann ja niemanden 'vertreten'. Das ist ein juristisches Problem, und in einem Konfliktfall könnte eine vom Wahlgericht gefällte Entscheidung angezweifelt werden, weil dieses Gericht legal nicht abgesichert ist.

Seitens der Linken gibt es keinen Kandidaten, der Hoffnung auf eine Alternative weckt. Im Gegenteil, die Linke spaltet sich weiter. Es sieht also so aus, dass es ein Rennen zwischen der FRG und der PAN geben wird.

Frage: Rechnet ihr damit, dass es im Wahljahr mehr Menschenrechtsverletzungen gibt?

M.M.: Das kann man nicht voraussagen. Man kann aber sicher sagen, dass es im nächsten Jahr ein politisches Vakuum geben wird, ein Machtvakuum und unter diesen Umständen kann alles passieren. Der Präsident hat jetzt schon bekannt gegeben, dass seine Regierungszeit abgelaufen sei und dass er nichts mehr machen wird.

C.A.: Eine weitere Unbekannte nächstes Jahr ist die Frage, wie sich die Kaffeekrise entwickelt. Es wird bereits das dritte Krisenjahr sein. Dies hat einen Einfluss auf die ganze Wirtschaft des Landes. Und wenn jetzt noch die Sache mit den Eurobonos dazu kommt, wird sich die wirtschaftliche Situation noch mehr zuspitzen. So wird der neue Präsident, der im Januar 2004 sein Amt antritt, sagen, er habe das Land im Bankrott übernommen und dass es deshalb schwierig sei, seine Wahlversprechen zu erfüllen.

Vielen Dank fürs Gespräch!

Konsultivgruppe trifft sich in Guatemala

Guatemala, 30. Nov. Das fünfte Treffen der Konsultivgruppe soll bis spätestens Juni 2003 in Guatemala stattfinden. Das Treffen war ursprünglich auf März 2003 in Washington angesetzt, wird jetzt aber auf Wunsch der internationalen Gemeinschaft nach Guatemala verlegt. Am Treffen sollen die Fortschritte in der Umsetzung der Friedensabkommen bewertet werden sowie die Einhaltung der Bedingungen, die von den geldgebenden Ländern im Februar dieses Jahres gestellt wurden. Im Moment befindet sich eine

Delegation der Europäischen Union, eines der wichtigsten Mitglieder der Konsultivgruppe, in Guatemala, um eine Evaluation der Friedensabkommen zu machen und entsprechend ihre Entwicklungszusammenarbeit fürs Jahr 2003 zu planen.

Auch die sozialen und Menschenrechtsorganisationen Guatemalas begrüssen die Verlegung des Treffens nach Guatemala. So haben sie eher die Möglichkeit, anwesend zu sein und ihre Sicht der Dinge einzubringen.

Guatemala wegen HIV/AIDS vor Gericht?

Guatemala, 1. Dez. Anlässlich des internationalen AIDS-Tages vom 1. Dezember informierte die Direktorin des nationalen AIDS-Programms, Dory Lucas, dass bei der Regierung eine Erhöhung des Budgets für dieses Programm von 5 auf 45 Mio. Quetzales beantragt wurde. Gemäss (sicherlich unvollständigen) guatemaltekischen Statistiken wurden seit 1984, d.h. seit in Guatemala AIDS bekannt ist, 4401 Fälle registriert, 695 Menschen sind bisher an den Folgen von AIDS gestorben und bloss 1692 bekamen bzw. bekommen ärztliche Betreuung. Bei den betroffenen Personen handelt es sich in $\frac{3}{4}$ der Fälle um Männer zwischen 15 und 49 Jahren. Ob Frau Lucas mit ihrem Budget-Antrag durchkommt, ist fraglich, denn Guatemala zeichnet sich nicht gerade durch eine rühmliche Politik in Sachen AIDS aus:

Aufgrund der Nichterfüllung der Empfehlungen der *Interamerikanischen Menschenrechtskommission* (CIDH), nach denen die guatemaltekische Regierung zwölf Personen, die HIV-positiv bzw. an AIDS erkrankt sind, Hilfestellung leisten sollte, be-

antragte das Zentrum für *Internationale Justiz und Rechte* (CEJIL), diesen Fall vor den Internationalen Menschenrechtshof zu bringen.

In einer Pressemitteilung gab das CEJIL bekannt, dass aufgrund der Dringlichkeit der Situation, in der die betroffenen Personen leben, ein Einschreiten des höchsten interamerikanischen Tribunals unbedingt notwendig sei. Bereits im vergangenen August habe das CIDH gewisse Massnahmen eingeleitet, um das Recht auf Leben und Gesundheit der zwölf infizierten Guatemaltekinnen zu schützen, die von der Vereinigung *Agua Buena* betreut werden. Dabei sei der guatemaltekische Staat dazu aufgefordert worden, den Betroffenen medizinische Betreuung zukommen zu lassen, und zwar in Form einer angemessenen, für ihr Überleben notwendigen Medikamentenversorgung und anderer professioneller Assistenz.

Das Kommuniqué des CEJIL weist darauf hin, dass die Regierung selbst drei Monate, nachdem die Anordnung durch die *Interamerikanische Menschenrechtskom-*

mission bestätigt worden ist, keinerlei Massnahmen getroffen habe. Aufgrund dieses Nicht-Handelns sei eine der betroffenen Personen kürzlich verstorben.

Schliesslich signalisiert das Zentrum, dass die Situation, in der sich die elf von HIV/AIDS betroffenen PatientInnen befinden, die zwei Grundbedingungen erfülle, die der Gerichtshof im Artikel 25 seines Reglement für ein Eingreifen berücksichtige, "wenn es sich [nämlich] um Fälle extremen Schweregrades und Dringlichkeit handle" und "wenn es notwendig ist, um unheilbare Verletzungen/Schäden an den Personen zu vermeiden".

Das genannte Zentrum CEJIL ist eine regionale, gemeinnützige Nichtregierungs-Organisation, die einen Beraterstatus vor der *Organisation der Amerikanischen Staaten* (OEA) und den Vereinten Nationen innehat und vor der Afrikanischen Menschenrechtskommission als Beobachter fungiert. Ihr Hauptziel ist, die vollständige Erfüllung von internationalen Normen der Menschenrechte in den Mitgliedsländern der OEA zu gewährleisten.

Zu viel zum Sterben, zu wenig zum Leben

Guatemala, 29. Nov. Der Streit um die Lohnerhöhungen hat auch heuer stattgefunden. Es ist das dritte Mal, dass Gehaltserhöhungen per Regierungskdekret erlassen werden, nachdem sich in den Vorjahren ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen nicht einig wurden. Während diesmal der Unternehmerverband CACIF forderte, die Gehälter einzufrieren und mit massiven Entlassungen drohte, forderten die Gewerkschaften eine Gehaltserhöhung um 40%.

Und da Präsident Alfonso Portillo wieder einmal auf Reisen war, blieb es Vizepräsident Francisco Reyes López überlassen, eine Lösung für diese zwei nicht zu vereinbarenden Forderungen zu suchen. Er wählte den Mittelweg und erliess eine Gehaltserhöhung um 16% für Arbeitende im Landwirtschaftssektor und um 14% für alle anderen. Konkret heisst das ein Tageslohn von 31.90 Quetzales (ca. 4.2 US-\$) für ArbeiterInnen auf dem Land und 34.20 Quetzales täglich (ca. 4.5 US-\$) für diejenigen in den Städten. Laut Reyes López kommen rund 400'000 Angestellte des Privatsektors in den Genuss einer Gehaltserhöhung während dem sich für die staatlichen Angestellten nichts ändere, da sie bereits jetzt mehr als den gesetzlich festgelegten Grundlohn verdienen.

Wie zu erwarten, war niemand zufrieden mit dem vizepräsidialen Entscheid: Der CACIF bezeichnete ihn als politisiert und demagogisch. José Pinzón von der guatemaltekischen Gewerkschaftszentrale CGTG rechnete vor, dass ein durchschnittliches Mo-

natsgehalt von 825 bzw. 900 Quetzales nicht einmal für den Grundwarenkorb, der auf 1200 Q festgelegt ist, reicht.

Auch die zentralamerikanischen MigrantInnen, die in den Vereinigten Staaten ihr (Arbeits-) Glück versuchen, müssen um jeden Cent kämpfen. Die mehrheitlich aus Guatemala, El Salvador und Mexiko stammenden ArbeiterInnen des Unternehmens *Six L's Package Co.*, einer der grössten Tomatenproduzenten der USA, fordern von dessen Hauptabnehmer, der Restaurantkette *Taco Bell*, einen besseren Preis für die Tomaten zu bezahlen. Aktuell verdienen die Ar-

beiterInnen 0.4 US-\$ pro 32 *libras* (ca. 14 Kilo) gepflückter Tomaten. Wäre Taco Bell bereit, 1 Cent mehr pro halber *libra* Tomate zu bezahlen, würde sich der Lohn der PflückerInnen fast verdoppeln. Weiter rechneten sie vor, dass sie, um 50 US-\$ pro Tag zu verdienen, 2 Tonnen Tomaten pflücken müssten. Taco Bell macht einen jährlichen Gewinn von rund 5 Billionen US-\$. Der Protest der zentralamerikanischen TomatenpflückerInnen, die trotz Gewerkschaftsverbot organisiert sind, wird unterstützt von StudentInnen der Universität Memphis, Tennessee.

Nationaltag der Garífuna

Izabal, 19. Nov. Mit einem traditionellen Fest wird das 200jährige Jubiläum der Ankunft der *garinagu* – Pluralbegriff für die Garífuna, der schwarzen Bevölkerung Guatemalas – gefeiert. Laut Aurelia Noemí Satuyé von der *Frauenvereinigung der Garífunas von Guatemala* (Asomugagua), kamen die *garinagu* am 26. November 1802 von Haiti und Honduras nach Guatemala und liessen sich auf ihrer Suche nach neuen Entwicklungsmöglichkeiten an der Atlantikküste nieder. Im Vorfeld der Festlichkeiten wird eine, *Dügü* genannte, spirituelle Aktion durchgeführt, bei der die Anwesenden Kontakt zu ihren Vorfahren aufnehmen können.

Laut Satuyé zählt die Bevölkerung der *garinagu* derzeit etwas 30 Tausend Personen, von denen um die 15 Tausend guatemaltekischer Nationalität sind. Jedoch lebten wohl lediglich 6 Tausend im Land, die übrigen seien inzwischen in die USA emigriert.

An einigen der Festveranstaltungen wird die Anwesenheit von Präsident Portillo erwartet. Die Garífunas hoffen, dass ihr Feiertag von der FRG nicht zur politischen Kampagne missbraucht wird, sondern dazu dient, dass sich die Regierung ihrer Verpflichtungen gegenüber dieser unsichtbar gemachten und diskriminierten Bevölkerungsgruppe erinnert.

Die BäuerInnen entlocken der Regierung grosse Versprechen

Guatemala, 26. Nov. An die 20 Tausend BäuerInnen der verschiedenen indigenen Bevölkerungsgruppen realisierten einen Demonstrationmarsch in die Hauptstadt und stellten den Sitzen der drei Staatsorgane und anderen öffentlichen Instanzen einen Besuch ab; u.a. mit der Absicht, die Regierung aufzufordern, das Gesetz über die Indigene Nationalität zu verabschieden und den Agrar-Konflikten ein Ende zu setzen.

Mit Plakaten auf Spanisch und diversen Maya-Sprachen machten sie ihre Forderungen u.a. nach Land, der Agrarreform, einer Politik der ländlichen Entwicklung, einem Stopp der Vertreibungen und der gerichtlichen Verfolgungen von BäuerInnenführerInnen und natürlich der Wiederaufnahme bzw. dem Beginn der Verwirklichung der Friedensagenda deutlich. Die Anerkennung des Gewohnheitsrecht, der religiösen Anschauungen und Praktiken sowie der Kosmologie der Maya waren Inhalt weiterer Forderungen.

Im Kongress reichten die DemonstrantInnen ihren Vorschlag für das Gesetz der indigenen Nationalität und Völker ein. Eine Kommission der Legislativen versprach ihnen, diesem Gesuch

stattzugeben.

Im Hause des Präsidenten wurde eine Gruppe von FührerInnen der CONIC von Alfonso Portillo persönlich empfangen, der sich dazu verpflichtete, die Initiative des genannten Gesetzentwurfes zu einer Angelegenheit von nationaler Dringlichkeit zu erklären, und eine Fachkommission zu bilden. Weiter versprach Portillo, dass 100 Mio. US\$, die aus dem Verkauf der Euro-Schuldverschreibungen stammen sollen, im Rahmen der Themen Land, Weiterbildung und Fachliche Assistenz ausgegeben werden. Zudem soll der Generalstaatsanwalt dazu aufgefordert werden, sich mit dem Thema der Vertreibungen zu beschäftigen und sechs brachliegende Grundstücke in der Region Alta Verapaz sollen den BäuerInnen überlassen werden, die diese zur Kultivierung beantragt hatten. Der Landfond (FONTIERRAS) werde dabei den Antrag auf Mehrwertsteuerbefreiung überprüfen.

Das Agrarministerium seinerseits verpflichtete sich, innerhalb von 48 Stunden das Arbeitskapital für jene Gemeinden aufzutreiben, die durch die Landvergabe begünstigt werden. Die behördlichen Verfahren vom FONTIER-

RAS sollen beschleunigt werden, und der Investition von 4 Mio. Quetzales für die landwirtschaftliche Diversifizierung in den Gemeinden, die sich in schwierigen Situationen befänden, stünde auch nichts im Wege.

Die Wahl des Datums für den Marsch fiel dem Maya-Kalender entsprechend auf den Tag Oxlajuj N'oj Q'ij, ein Tag der unter dem Schutz der dreizehn weisen und intelligenten Nahuas steht, was laut der Kosmologie der Maya dafür spricht, dass die indigenen Völker positiven Nutzen zu Gunsten ihrer Entwicklung erwarten dürfen.

Dennoch werden die indigenen BäuerInnen nicht mit verschränkten Armen auf den versprochenen Goldregen warten. Stattdessen wird mit Argusaugen der Regierung und deren Aktivitäten auf die Finger geschaut, damit diese auch wirklich die getroffenen Vereinbarungen erfüllt. Laut CONIC würde im Falle der Nichterfüllung in dem festgelegten Zeitraum zu entsprechenden Druckmassnahmen gegriffen.

Bleibt abzuwarten, wie lange sich die Regierung an ihr grosses Tönen erinnert und die Nahuas den Prozess weiterhin begleiten.

Wie viel 'Maya' darf's sein?

Guatemala, 16. Nov. In Guatemala befindet sich die Debatte um die Identität der Mayas im Niedergang. Dies vor allem nach der ersten Euphorie über das *Abkommen über die Identität und Rechte der indigenen Völker* und besonders nach der gescheiterten Volksbefragung zum Thema im Jahr 1999.

Zu diesem Schluss kommt eine Studie des *Institutes für Interethnische Forschung* (IDEI) der *Universität San Carlos* (USAC). Der Rückgang sei unter anderem darauf zurückzuführen, dass die ladinische Bevölkerung keinerlei Notwendigkeit der Erörterung bzw. der Anerkennung irgendeiner ethnischen Identität sehe. Gemäss der Untersuchung hat innerhalb der Maya-Bewegung parallel dazu dennoch eine starke Vermehrung von Organisationen stattgefunden, mit dem Ziel, gemeinsame Forderungen zu formulieren und durchzusetzen. Doch fanden derzeit keine Verhandlungen im eigentlichen Sinne statt, sondern lediglich den Versuch des Staates, einige Aspekte des genannten Abkommens in den allgemeinen Diskurs einfließen zu lassen.

Die Untersuchung kommt zum Schluss, dass in einer hypothetischen Eigenregierung des Maya-Volkes ihre FührerInnen auf jeden Fall die Fähigkeit besäßen, eine ihrer Kosmologie entsprechende Regierungsform aufzubauen. Jedoch sei die aktuelle nationale

Konjunktur sehr weit von diesem Ziel entfernt.

Auch ohne grossartige akademische Untersuchung lassen sich alltäglich viele Details finden, die eine deutliche Sprache sprechen: Von der *Maya-Vereinigung der Universitäts-Studierenden* (AMEU) wurde bekannt gegeben, dass der Beschluss des Ministeriums für Kultur und Sport, der die Durchführung von Maya-Zeremonien regulieren soll, eine eindeutige Verletzung des Abkommens über die Identität und Rechte der indigenen Völker darstelle.

Jener Beschluss fordert, dass die Maya-PriesterInnen ein Identifikationsdokument bei sich zu führen haben, wenn sie eine Zeremonie an den heiligen Stätten durchführen wollen. Ausserdem dürften die Rituale nur zwischen 6 Uhr morgens und 6 Uhr abends stattfinden. Soviel zum Thema freie Religionsausübung und Befürwortung der Interkulturalität des Landes.

Die Verantwortlichen des Ministerium versuchten sich zu rechtfertigen. Die Forderung nach dem Identifikationsnachweis diene dem Schutz der archäologischen Stätten, während das "Nachtverbot" darauf hinauslaufe, dass keine Musikanlagen, Lautsprecher und Blasinstrumente benutzt werden dürfen, welche nämlich ebenfalls der Archäologie Schaden zufügen könne.

Wenige Tage vor der Veröffentlichung

der Studie des IDEI hat sich auch die *Organisation der Amerikanischen Staaten* (OAS) mit diesem Thema beschäftigt. Diese ist dafür zuständig, das *Projekt der amerikanischen Deklaration der Rechte der Indigenen Völker* auszuarbeiten. Dabei wird besonderer Nachdruck auf die traditionellen Formen von Eigentum und kulturellem Überleben und damit dem Recht auf Land und Territorien gelegt.

Die OAS teilte dabei mit, dass an ihrem Treffen herausragende internationale Fachleute und VertreterInnen der indigenen Völker teilgenommen hätten, die ihre jeweiligen Standpunkte zum Thema ausgetauscht haben.

Die aktuelle indigene Bevölkerung in Lateinamerika schwankt zwischen 40 und 50 Mio. Personen, die mehr als 400 identifizierbare Gruppen repräsentieren. Dazu gehören kleine Gruppen, die im Regenwald leben, aber auch die bäuerlichen Gesellschaften der Anden.

Im kommenden Februar wird eine ähnliche Veranstaltung in Washington, dem Sitz der OAS stattfinden. Auch wenn nicht ausdrücklich die Rede davon ist, sei doch angemerkt, dass auch dieses 'Forschungsprojekt' seinen Teil zur Ausarbeitung der Freihandelszone der Amerikas (ALCA) beitragen wird. Die Frage nach Form und Nutzen muss dabei wohl nicht extra gestellt werden.

Die Linke trifft sich

Antigua Guatemala, 4. Dez. Die populären demokratischen und linken Gruppierungen Lateinamerikas bestätigen, dass die *Freihandelszone der Amerikas ALCA* (siehe ¡Fijáte! 266), ein Projekt wirtschaftlicher und politischer Rekolonialisierung, der Annexion und des Krieges der grossen Märkte sei, so Alfredo Quin, Vertreter der Kommunistischen Partei Kolumbiens auf dem XI. Treffen des *Forums von Sao Paulo*, das in diesen Tagen in Antigua Guatemala stattgefunden hat.

Nach Quin besteht die *ALCA* aus drei grundsätzlichen Komponenten: Zum einen aus dem Freihandelsvertrag *TLC*, der Kanada, die USA und Mexiko umfasst, und dessen Resultate gerade für das letztgenannte Land eindeutig als negativ einzustufen sind. Zweiter *ALCA*-Bestandteil ist der *Plan Puebla Panamá* (PPP), ein Freihandelsplan, der sich auf die Zone zwischen dem Ort Puebla im Süden Mexikos und Panama erstreckt und vor allem die Kontrolle der Biodiversität und der Primärmaterien Mittelamerikas betrifft. Die dritte Achse der *ALCA* ist der gerade implementierte *Plan Colombia*, der angeblich zum Ziel hatte, die us-amerikanisch-kolumbianische Zusammenarbeit gegen Drogen- und Waffenhandel zu stärken.

Letztendlich stellt sich dieses Projekt laut Quin jedoch eher als bewaffneter Arm der *ALCA* dar, welche einen starken Interventionsanteil der Vereinigten Staaten mit einschliesst und als Werkzeug dienen wird, Machtmechanismen einzusetzen gegen jene Bevölkerungsgruppen zwischen Alaska und Feuerland, die sich weigern, sich der *ALCA* anzuschliessen.

Quin erklärte, dass sich durch den Wahlsieg von Luis Inacio Lula da Silva in Brasilien und des ehemaligen Oberst Lucio Gutiérrez in Ecuador als neue Präsidenten ihrer Länder, sowie durch die Stärkung und Resistenz von Venezuela der lateinamerikanischen Kontinent in einer Phase der Neukonstellation befindet. Dieses Moment müsse von den Bevölkerungen ausgenutzt werden, um deutlich zu machen, dass die *ALCA* so, wie die USA sie sich vorstellt, nicht möglich ist. Zudem könne der Widerstand des kolumbianischen Volkes und der dortigen sozialen Organisationen, der trotz des Bürgerkriegs standhielt und versucht hat, die Vertiefung des neoliberalen Modells zu verhindern, als Beispiel dienen, damit sich andere diesem Kampf anschliessen.

Das dreitägige Treffen des *Forums von Sao Paulo* zählt mit der Beteiligung zahlreicher Abgeordneter linker Partei-

en aus Lateinamerika, der Karibik, Europa, Asien und Ozeanien. Es werden dabei Aspekte der internationalen Konjunktur und der Strategien diskutiert, die verfolgt werden könnten, um der Ungleichheit auf diesem Kontinent zu entgegenzusetzen. Seit 1990 trifft sich das Forum jährlich.

Am diesjährigen Treffen in Antigua wurden Themen wie das Migrationsphänomen, lokale Macht, das Gemeindewesen, die Situation der Frau, die Rolle der sozialen Bewegungen, der linken Parteien und der Nicht-Regierungsorganisationen beim Aufbau von Alternativen behandelt.

Hinsichtlich des Migrationsproblems betonten die Vortragenden die Verletzung der Menschenrechte der LateinamerikanerInnen in den Durchgangsländern Zentralamerikas, Mexiko und dem Endziel USA, wo sich die jeweiligen Regierungen bislang keine Gedanken darüber gemacht hätten, entsprechende Normen zu Gunsten der Betroffenen aufzustellen.

Ebenso wurde von den DelegationsvertreterInnen aufgezeigt, dass die Antiterror-Politik, die von den USA vorangetrieben und von anderen Staaten unterstützt wird, nichts weiteres als die Implementierung einer militärischen und polizeilichen Kontrolle über die Bevölkerung darstelle, vor allem derjenigen, die vorhat, nordamerikanischen Boden zu betreten, um bessere Lebensbedingungen zu suchen.

Erminia Rodríguez Pacheco, Vertreterin der kubanischen Frauenföderation, stellte in ihrem Beitrag die Politik der Kommunistischen Partei Kubas zum Thema "Gender und die Verpflichtung der Partei mit der feministischen Bewegung" vor. Dabei erklärte sie, dass die Gender-Gleichberechtigung auf Kuba sich auf das politische Konzept der sozialen Beteiligung gründe und hob hervor, dass dieses Thema auf der Insel nichts Komplementäres sei, sondern als gleichwertig angesehen werde, so wie Aspekte der Sozialen Gerechtigkeit und andere Phänomene auch, bei denen das Ende von Ausbeutung, Ungleichheit und Diskriminierung eingefordert werde.

In Hinblick auf den Kampf gegen die anfangs bereits erwähnten Freihandelsabkommen und -projekte ist es laut der ReferentInnen notwendig, dass sich Bündnisse finden, um in der Erarbeitung von Modellen alternativer Entwicklung fortzuschreiten und all das zurückzuweisen, was gegen die natürliche Vielfalt und gegen die Kultur der Völker verwendet werden kann. Dafür müsste man jedoch auf klare und effiziente Mechanismen zurückgreifen können. Eine Übereinstimmung in den Kriterien und damit die Bildung einer gemeinsamen linken Front sei die einzige Möglichkeit, gegen die neoliberalen Strömungen der lokalen Regierungen und die Interessen der multinationalen Unternehmen vorzugehen, ist sich die Linke in Antigua einig.

Erfolgreicher Leichenfund

Guatemala, 2. Dez. Insgesamt 46 menschliche Gebeine von Männern, Frauen und Kindern wurden in diesem Jahr von der Gruppe der Gegenseitigen Hilfe (GAM) lokalisiert. Mit Unterstützung von forensischen SpezialistInnen wurden diese Skelette auf 12 geheimen Friedhöfen in den Departements Chimaltenango, Huehuetenango und im Quiché ausfindig gemacht.

Laut GAM ist die genaue Anzahl der geheimen Massengräber immer noch unbekannt, könnte sich jedoch bis auf Tausend belaufen.

In ihrem Bericht bedauert die GAM es, dass der Staat ständig Empfehlungen von der Wahrheitskommission in Bezug auf die Exhumierungen erhalte, ohne diesen auch nur im Ansatz zu entsprechen. Jedoch sei es wichtig, allein für die Verwandten der in den Massengräbern begrabenen Opfer, dass der Prozess auf institu-

tioneller Ebene angetrieben werde.

Eines der Ziele der GAM und anderer Menschenrechtsgruppen ist es, durch die Ausgrabungen den Familien der direkten Opfer die Möglichkeit zu bieten, dem unabgeschlossenen Schmerz, der nach der Folter und der Vertreibung ihrer Lieben durch die Streitkräfte geblieben ist, endlich ein Ende zu setzen.

Laut der GAM ist es mit Hilfe dieser Ausgrabungsprozesse ebenfalls möglich, Mittel zu finden, die bei der Suche nach Gerechtigkeit durch die Anwendung des Gesetzes gegen die Verantwortlichen der Barbareien, die das Leben tausender unschuldiger Menschen gefordert haben, helfen können.

Neben den erwähnten Ausgrabungen hat die GAM in diesem Jahr in den Departements Quiché und Huehuetenango zudem die Beisetzung von 113 Individuen durchgeführt.